

Landgrabbing auf der Spur



Mit der Karawane durch Brasilien

Reisebericht
von Nina Bünger

Unterwegs zu den Soja-Wüsten: Im September führte mich eine Recherchereise in den Nordosten Brasiliens.

3. September 2017: Ankunft in Piauí

Als ich in Teresina aus dem Flugzeug steige, schlägt mir schwüle Hitze entgegen. Mit dem Auto geht es in ein kleines Gemeindezentrum, wo ich auf meine MitstreiterInnen treffe: rund 30 Menschenrechts- und EntwicklungsexpertInnen aus Lateinamerika, Europa und den USA.

Gemeinsam werden wir in den nächsten zwei Wochen ländliche Gemeinden im Süden des Bundesstaates Piauí besuchen. Die Gegend dort ist geprägt von der karg wirkenden Vegetation des Cerrados, welcher jedoch das größte Ökosystem Brasiliens nach dem Amazonas darstellt. In den letzten Jahren haben sich immer mehr Agrarfirmen angesiedelt, die das Land mit riesigen Soja-Plantagen überziehen – auf Kosten der Bevölkerung. VertreterInnen der Gemeinden berichten von gewaltsamen Vertreibungen, Umweltschäden und versiegenden Wasserquellen.

Auf unserer Recherchereise wollen wir uns selbst ein Bild von der Lage machen und mit Verantwortlichen und AnwohnerInnen sprechen.

Die TeilnehmerInnen unserer Recherchereise. Auch KollegInnen von FIAN Schweden, FIAN Niederlande und FIAN International sind dabei.



Endlich gelandet!



7. September 2017, 7 Uhr: Aufbruch der Karawane

Am frühen Morgen setzt sich unsere Karawane aus neun Pick-ups in Bewegung. Auf staubigen Sandpisten geht es Richtung Südwesten. Unser Ziel: die Gemeinde Melancias.

Wo auch immer wir auftauchen, erregt unsere Wagenkolonne großes Aufsehen und die Menschen fragen interessiert, was uns nach Piauí verschlägt. Die Aufmerksamkeit können wir gut gebrauchen: Die Regierung soll ruhig wissen, dass wir vor Ort sind, um den Agrarkonzernen auf die Finger zu schauen. Schließlich ist es eigentlich ihre Aufgabe, dafür zu sorgen, dass Land- und Menschenrechte respektiert werden!

Auf dem Weg nach Melancias sehe ich zum ersten Mal die abgeernteten Soja-Felder und bin schockiert: soweit das Auge reicht nur gelbes Nichts. Rechts sieht man Reste der ursprünglichen Vegetation.



„Wir haben Angst zu verdursten!“
Dona Vitória Perreira Rodrigues, 74 Jahre

7. September 2017, 12 Uhr:

Wenn die Felder vertrocknen

Gegen Mittag erreichen wir Melancias. Die AnwohnerInnen zeigen uns ihre Gemeinde und führen uns zu den nahegelegenen Soja-Plantagen, die sich wie eine gelbe Wüste bis zum Horizont erstrecken. Das Problem: Der Sojaanbau verschlingt riesige Mengen Wasser. Zudem führt die großflächige Abholzung zu Erosion und Austrocknung der Böden in der gesamten Region. Ein Farmer zeigt bekümmert auf seine Ernte: „Unsere Früchte sind viel kleiner als früher. Die Bananen wachsen nicht mehr so gut, weil zu wenig Wasser da ist.“ Auch die Buriti-Palme, eine der wichtigsten regionalen Nutzpflanzen, trägt weniger Früchte als zuvor.

Schon jetzt sind viele Menschen in der Region mangelernährt. Kinder sind besonders betroffen. Wie sollen sie angesichts immer schlechter werdender Ernten über die Runden kommen?

João Gabriel da Costa mit pestizid-verseuchtem Wasser (rechts). Auf den Soja-Plantagen wird auch Fipronil versprüht, das im Eier-skandal traurige Berühmtheit erlangte.



7. September 2017, 17 Uhr:

Pestizide im Trinkwasser

Neben dem Grundrecht auf Nahrung werden auch die Rechte auf Wasser und Gesundheit massiv verletzt. So klagen die AnwohnerInnen von Melancias über giftige Pestizide, die auf den Soja-Plantagen versprüht werden. Kleinbauer João Gabriel da Costa berichtet: „Der Regen schwemmt die Pestizide in die Flüsse. Vor dem massiven Soja-Anbau war das Wasser klar. Jetzt ist es braun und für uns nicht mehr nutzbar.“ Die Folge sind Hautirritationen und Übelkeit. Auch die Zahl der Krebserkrankungen ist stark angestiegen – ein Skandal, den die Konzerne unter den Teppich kehren möchten!



Papayas, Maniok und Bananen – ein Kleinbauer aus Melancias zeigt uns seine Ernte, die immer weniger wird.

9. September 2017:

Im Visier der Agrarkonzerne

Heute besuchen wir Sete Lagoas. Die Gemeinde ist stark betroffen von Einschüchterungen und Drohungen durch die anliegenden Farmen. Große Agrarkonzerne wie *Damha Agropecuária* haben ihnen verboten, ihre Felder zu bewirtschaften. Wer sich widersetzt, lebt gefährlich.

„Mein Haus wurde von *Damhas* Sicherheitsleuten zerstört, während ich auf dem Feld arbeitete“, schildert uns Marta Fendela da Silva. „*Damha* behauptete, ich würde illegal ihr Grundstück besetzen.“

Ein haltloser Vorwurf. Doch für Menschen wie Marta gibt es kaum eine Möglichkeit, sich gegen die übermächtigen Unternehmen zu wehren. Denn der brasilianische Staat legt die Hände in den Schoß und unternimmt nichts gegen die allgegenwärtige Gewalt. Umso mutiger finde ich es von Marta, trotzdem öffentlich über ihr Schicksal zu sprechen!



Marta Fendela da Silva vor ihrem zerstörten Haus. Die unverhohlene Gewalt, mit der die Agrarfirmer die Menschen von ihrem Land vertreiben, ist erschreckend.

Versammlung mit den BürgerInnen von Santa Fé. Die meisten wurden in der Gemeinde geboren und wollen ihr Land auf keinen Fall verlassen.



Klima der Angst: Im Dorf Sete Lagoas berichten mir die BewohnerInnen von permanenter Bedrohung durch die Agrarkonzerne.

10. September 2017:

Schmutzige Geschäfte

Auch im nahegelegenen Santa Fé berichten uns die DorfbewohnerInnen von massiven Einschüchterungsversuchen und Gewalt. Die Agrarfirmer schrecken nicht einmal vor Morddrohungen zurück, um an das Land der Gemeinde zu kommen. Dabei machen sie gemeinsame Sache mit Landräubern, sogenannten *Grileiros*, die Landtitel fälschen und die illegal erworbenen Flächen dann an die Konzerne verkaufen. Den AnwohnerInnen bleibt oft nur, ihr Land zu Dumpingpreisen zu verkaufen und in die Favelas der großen Städte zu ziehen.

FIAN deckt auf
FIAN-Recherchen belegen, dass auch Pensionskassen aus den USA, Kanada und Europa in die schmutzigen Geschäfte der Agrarfirmer verwickelt sind. Denn die Versorgungswerke legen ihr Geld vermehrt in Agrarland an – selbst wenn dieses in Verdacht steht, illegal angeeignet worden zu sein. Die Ärzteversorgung Westfalen-Lippe etwa hat über einen US-amerikanischen Fonds in Ackerland in der Region Piauí investiert und spielt damit Landräubern in die Hände, die für massive Menschenrechtsverletzungen und Umweltschäden verantwortlich sind.

Caravana denuncia violência de grileiros contra agricultores no Piauí

Ein erster Erfolg: Die Medien berichten ausführlich über unsere Vorwürfe. Der Handlungsdruck auf die Politik wächst!



Treffen mit der Vizegouverneurin von Piauí. Nun ist es an der Politik, die Agrarkonzerne in die Schranken zu weisen!

Wie geht es weiter?

Internationaler Druck findet beim brasilianischen Staat oft mehr Gehör als die Stimmen der eigenen Bevölkerung, da er eine größere Rolle im UN-System anstrebt. Daher werden wir 2018 eine Recherche-reise in Europa unternehmen, um mehr über die risikoreichen Investitionen der Pensionskassen herauszufinden.

Zudem werden wir den Druck auf die deutsche Politik erhöhen, damit sie dafür sorgt, dass Pensionskassen nicht in gesetzeswidrige Geschäfte in anderen Ländern investieren. Geplant sind auch Gespräche mit der Staatskanzlei Nordrhein-Westfalen, die als Aufsichtsbehörde darüber wacht, dass Pensionskassen wie die Ärzteversorgung Westfalen-Lippe gesetzliche Vorschriften einhalten.

13. bis 15. September 2017:

FIAN setzt Politik unter Zugzwang

Wir haben unsere Recherchen vor Ort beendet. Nun stehen Treffen mit hochrangigen PolitikerInnen auf dem Programm. Am 13. September sind wir zu einer öffentlichen Anhörung in der Assembleia Legislativa (gesetzgebende Versammlung) von Piauí und einem Treffen mit der Vizegouverneurin eingeladen, ehe wir zwei Tage später in Brasilia mit RegierungsvertreterInnen zusammenkommen.

Wir konfrontieren die PolitikerInnen mit unseren Rechercheergebnissen und stellen klare Forderungen: Der brasilianische Staat muss endlich aktiv werden und den rechtswidrigen Praktiken der Agrarindustrie – Drohungen, Gewalt, Vertreibungen und Landgrabbing – einen Riegel vorschieben! Außerdem ist es seine Pflicht, die lokale Bevölkerung mit sauberem Trinkwasser zu versorgen und sie vor giftigen Pestiziden zu schützen.

Zu den Anhörungen wurden auch die Agrarkonzerne Radar, SLC Agrícola, Insolo Agroindustrial und Codeca eingeladen. Keiner erschien.

Bitte spenden Sie für FIAN,

damit wir Unrecht aufdecken und die Verantwortlichen zur Rechenschaft ziehen können!

40 € helfen uns dabei, die Benzinkosten für einen Tag zu decken, um abgelegene Gemeinden in Brasilien zu erreichen.

100 € kostet eine Rechtsberatung von Landgrabbing-Opfern durch FIAN.

220 € pro Tag kostet ein Deutschland-Besuch von Betroffenen, um mit Bundestags-Abgeordneten zu sprechen (Flugkosten anteilig).



Bewohnerinnen von Santa Fé mit ihren Landtiteln. FIAN hilft ihnen dabei, ihre Rechte wahrzunehmen.

VIELEN DANK!

Spendenkonto GLS Bank Bochum
IBAN DE84 4306 0967 4000 4444 00



FIAN Deutschland e.V.
fian@fian.de | www.fian.de

